



Innere Sicherheit – Grundrecht oder Luxus?

Von Birgit Ligotzky, Landesjugendvorsitzende



In Artikel 99 der Verfassung des Freistaates Bayern heißt es: „Die Verfassung dient dem Schutz und dem geistigen und leiblichen Wohl aller Einwohner. Ihr Schutz gegen Angriffe von außen ist gewährleistet durch das Völkerrecht nach innen durch die Gesetze, die Rechtspflege und die Polizei!“

Kann die Polizei ihren Aufgaben, die Innere Sicherheit zu gewährleisten, überhaupt noch in dem Maße nachkommen, wie sie es sollte?

Wann wurde das letzte Mal eine Fußstreife gegangen? Wann wurde ein bürgernahes Gespräch in der Öffentlichkeit mit einem Ratsuchenden geführt? Wann war der *Schandi* mal ein Ansprechpartner, ohne dass er gleich daran denken musste: „Wie erfasse ich das PKS und DINO-Konform und was passiert, wenn ich dabei einen Fehler mache? – das war früher!“

Früher: Da gab es keine Smartphones, keine Note- und Netbooks, keine Tablets und kein Internet. Der Straftäter konnte sich nicht in der Anonymität des Alltags verstecken. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als es die Aktion „Wachsamer Nachbar“ gab – eine sehr gute Aktion, jeder kannte noch seine Nachbarn, seine Freunde und diejenigen, die einem

nicht so sehr wohlgesonnen waren. Jetzt: Die zwischenmenschliche Vernetzung unserer Gesellschaft, die sich durch körperliche Nähe und gegenseitigen Augenkontakt definierte, wich einer globalen technischen Vernetzung und dem Verfall in Bequemlichkeit, Ignoranz und Egoismus. Während die Blicke gen Boden gerichtet werden, um der ganzen Welt einen schönen Tag zu wünschen und das Frühstück als Bild online gestellt wird, wird die vor zwei Wochen in der Nachbarwohnung Verstorbene langsam von Maden aufgefressen. So ist es auch dem Nachbarn oder der Nachbarin darüber möglich, ungestört seine/n Ehepartner zu verprügeln oder seine/ihre Kinder. Sollte es dabei zu laut werden, ist der Griff zum Smartphone leichter, als selbst zur Wohnungstüre zu gehen. Immerhin kann die Polizei so wenigstens die Ruhestörung in der unbekanntenen Nachbarwohnung beenden.

„Ich glaube nicht, dass sich dieses Internet durchsetzen wird“ – Harry Kozuch's Großvater hat diese Aussage mal getroffen und offenbar waren dieser Meinung auch etliche politisch Verantwortliche. Das böse Erwachen kam dann offensichtlich irgendwann mal, auf jeden Fall sind heuer – und wir befinden uns schon im Jahr 2014 – erstmals Cybercrime-Stellen bei den Kriminalpolizeiinspektionen ausgewiesen und etatisiert worden. Sie fehlen aber immer noch auf jeder Dienststelle – die Sachbearbeiter für Internetkriminalität.

Ein weiteres anzusprechendes Problem sind die in den letzten Jahren sprunghaft angestiegenen Tageswohnungs- und Dämmerungswohnungseinbrüche. Die originäre Aufgabe der Polizei ist Straftaten zu verhüten und begangene Straftaten zu verfolgen. Wann ist bei der immensen Selbstverwaltung, die die Straftatenverfolgung zwischenzeitlich mit sich bringt, noch Zeit für aufwendige Ermittlungstätigkeiten oder eine Präventionsstreife?

Prävention braucht Personal – und das haben wir nicht in dem Maße, wie

wir es brauchen. Der oft zitierte Lieblingssatz unseres Innenministers in den Medien ist: „Wir hatten noch nie so viel Polizisten in Bayern wie heute“. Wenn man die *Köpfe* zählt, mag das wohl stimmen, bloß früher war jeder *Kopf* auch in Vollzeit beschäftigt. Heute kommen durch beanspruchte Elternzeit und Teilzeit teilweise bis zu vier *Köpfe* auf eine Vollzeitstelle. Hinzu kommen, durch die zu hohe Arbeitsbelastung, eine stark steigende Anzahl an Langzeitkranken und eingeschränkt dienstfähigen Beamten/-innen.

Wann war Gewalt gegen Polizeibeamte ein Thema? Früher nicht – jetzt sehr wohl. Warum? Wenn man das wüsste, könnte man gegensteuern – aber es liegt sicherlich auch viel an der Anonymität und dem Egoismus, die die Zeit mit sich bringt. Zumindest ist man hier schon mal wach geworden und hat begonnen, diese Übergriffe gegen Polizeibeamte zu erfassen. Der Statistik nach wird pro Jahr jeder sechste Polizeibeamte Opfer einer Straftat in Bezug auf seinen Dienst. Was hier nicht berücksichtigt wird, sind die Kollegen, die nicht auf der Straße arbeiten. **Rechnet man diese weg, sind wir bei einer Zahl, die uns bestürzen müsste. Denn dann ist es auf einmal jeder zweite Kollege, der angespuckt, beleidigt oder verletzt wird.**

Was wollen wir?

Wir wollen die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in unserem schönen Freistaat Bayern gewährleisten. Das geht aber nur mit entsprechendem Personal und der notwendigen technischen Ausstattung. Denn sonst wird irgendwann nur noch *Der* die Sicherheit genießen können, der sich den privaten Schutz finanziell auch leisten kann. Das darf und soll so nicht sein.

Jetzt ist die Politik am Zug, damit wir den Bürgern und Bürgerinnen ihren, in der Verfassung zugesicherten Schutz, gewährleisten können.



GdP und LPP Schmidbauer beraten über Beförderungproblematik

Von Herbert Kern, Vorsitzender Bezirksgruppe Mfr.

Schwieriger hätten die Themen nicht sein können, die die Spitzen der GdP Bayern mit dem Landespolizeipräsidenten Prof. Dr. Schmidbauer im Innenministerium zu besprechen hatten.

Gerichtsurteile stoppten die bewährte und in großen Teilen der Kollegenschaft akzeptierten Beförderungsrichtlinien. Wer in der 2. QE bleiben wollte, konnte sich bisher darauf verlassen, dass er bei durchschnittlicher Leistung und Beurteilung mit dem Erreichen des 43. Lebensjahres seine Zulage zum PHM/KHM bekommt. Nachdem diese Mindestaltersgrenze durch Gerichte als verfassungswidrig angesehen wur-

de, erfüllen jetzt plötzlich über 3000 Kolleginnen und Kollegen die Voraussetzung und verschärfen die Konkurrenz um diese Zulage ganz erheblich. Natürlich will jeder sofort befördert werden. Nachdem aber der Landtag nicht so viel Geld zur Verfügung stellt und die Beförderungen nur noch nach

im Frankenland. Werner Blaha, Bezirksvorsitzender der GdP Schwaben Süd und Personalratsvorsitzender im PP Kempten, bestätigte die aus Franken geschilderte Stimmung. Es vergehe keine Stunde, in der er entweder durch einen Anruf, eine Mail oder durch eine persönliche Vorsprache ins-

besondere von den Angehörigen der 2. QE, die kurz vor dem 43. Lebensjahr stehen, nicht zur Stellungnahme zu den durch das Gerichtsurteil aufgeworfenen Fragen aufgefordert wird. Solch eine frustrierende Situation habe er in den vielen Jahren seiner Personalratstätigkeit



V. l.: H. Kern, LPP Schmidbauer, LV H. Bahr, W. Blaha, MR Hauser, P. Pytlík, ORR Rieger

Beurteilungspunkten erfolgen, besteht der begründete Verdacht, dass in einigen Jahren Polizei- bzw. Kriminalhauptmeister in Pension gehen werden.

Zu dieser Problematik kommt hinzu, dass sich für die Kollegenschaft, die ein Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) auf sich genommen hat, diese Qualifikation, dieser Fleiß für das Studium, diese Trennung von der Familie über zwei Jahre usw. auch lohnen muss. Im Bereich der Kriminalpolizei, der Dienstgruppenleiter und weiterer Sachbearbeiter gibt es viele diplomierte Hauptkommissare in der Besoldungsgruppe A 11, die unschätzbare Dienste in ihren jeweiligen Bereichen leisten und keine Aussicht haben, nach A 12 befördert zu werden, es sei denn, sie stehen kurz vor der Pension.

Nachdem die GdP diese Gesprächspunkte zur Diskussion beim LPP Prof. Dr. Schmidbauer angemeldet hatte, zog dieser als fachkundigen Ratgeber den Personalchef der bayer. Polizei, Herrn Ministerialrat Hauser, und seinen Vertreter als Fachmann für Beförderungsfragen, Herrn Oberregierungsrat Rieger, hinzu.

Der mittelfränkische GdP-Bezirksvorsitzende Herbert Kern aus Schwabach schilderte zunächst die Stimmung

keine noch nicht erlebt. GdP-Landesvorsitzender Helmut Bahr machte deutlich, dass das Gerichtsurteil zwar das Problem der Beförderung nach A 9 +AZ plötzlich in den Mittelpunkt der Diskussionen rückte, man aber auch an die vielen Kolleginnen und Kollegen denken muss, die den Aufstieg in die 3. QE schafften und jetzt frustriert als Dienstgruppenleiter, Sachbearbeiter bei der Kriminalpolizei, Schutzpolizei oder im Stab im Besoldungsamt A 11 verweilen und keine Aussicht haben, vor der Altersbeförderung in das Besoldungsamt A 12 aufsteigen zu können. Es müsste eine Selbstverständlichkeit sein, dass man als diplomierter Verwaltungswirt (FH) in A 13, also im Endamt seiner Laufbahn, in Pension gehen kann. Ein Unterschied von zwei Gehaltsstufen zu den Kolleginnen und Kollegen, die in der 2. QE, teils aus eigenem Entschluss geblieben sind, müsste für das reiche Bundesland Bayern eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Landespolizeipräsident Prof. Dr. Schmidbauer erklärte, dass sowohl Herr Innenminister Herrmann als auch er das Problem, welches aktuell durch das Gerichtsurteil wegen des Verbots der Mindestaltersgrenze entstanden ist, erkannt haben. Deswegen wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe August 2014 ist am 8. Juli 2014. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10

Redaktion:
Thomas Bentele
Hansastr. 17
80686 München
Telefon (01 51) 58 54 47 04
E-Mail: redaktion@gdpbayern.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZIELITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X

AUS DEM LANDESBEZIRK

Vorschläge für eine Lösung erarbeiten soll. Weder er noch der Innenminister wollen den Worst Case, dass Pensionsurkunden an Polizei- bzw. Kriminalhauptmeister ausgehändigt werden müssen.

Peter Pytlik, Vorsitzender des Landesfachausschusses Beamtenrecht/Besoldung, der für die GdP in dieser Arbeitsgruppe mitarbeitet, berichtete vom aktuellen Diskussionsstand. Er hätte sich nicht vorstellen können, dass die Lösung des durch das Urteil des Gerichts verursachten Problems so schwierig sein würde. Obwohl der Polizeiberuf ein Erfahrungsberuf sei, würde nur noch Leistung zählen. Erfahrungen, die sich die Bärenführer durch viele Jahre Schichtdienst erarbeitet haben, zählen vor Gericht überhaupt nicht. Nur noch die durch ein

Werturteil des Beurteilers erstellte Punktezahl würde über eine Beförderung entscheiden. Sowohl GdP-Landeschef Helmut Bahr als auch der LPP Prof. Dr. Schmidbauer waren sich einig darin, dass es richtig war, eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der GdP einzurichten. Auch unser Innenminister hat die Situation erkannt, dass man an den Beförderungen nach A 9 +AZ als auch daran, dass sich das Studium an der Fachhochschule deutlich lohnen muss, gemeinsam arbeiten muss. Zwischen GdP und Innenministerium wurde die Aufarbeitung der Themen sowohl auf Arbeitsebene (Teilnahme der GdP an den entsprechenden Arbeitsgruppen) als auch durch kurzfristige Gespräche zwischen Landespolizeipräsidenten Prof. Dr. Schmidbauer und dem Personal-

chef der bayer. Polizei, Ministerialrat Hauser, vereinbart. Man war sich dabei einig, dass die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte zurückliegend zur Beförderungsrangzahl und nun zur Mindestaltersgrenze juristisch nicht zu beanstanden seien. Gleichwohl ist bedauerlich, dass dadurch das jahrzehntelang bewährte, in hohem Maße von Kollegialität und Solidarität geprägte Laufbahn- und Beförderungssystem der Polizei nunmehr ausschließlich am Leistungsgrundsatz des Art. 33 Abs. 2 GG auszurichten ist.

Als GdP werden wir weiterhin versuchen, Verständnis für unsere Probleme bei der Politik zu finden, da letztendlich nur zusätzliche höherwertige Stellen die Probleme sowohl in der 2. QE als auch in der 3. QE, aber auch in den Spitzenämtern der 4. QE lösen werden.

„Wasserschutzpolizei in Bayern – auf dem richtigen Kurs?“



V. l.: PP Johann Rast (PP Mfr), EPHK Peter Werner (WSP-Zentralstelle), Peter Schall (stellv. Landesvorsitzender GdP Bayern), Staatssekretär Gerhard Eck, Thomas Daniel (WSP), Helmut Bahr (Landesvorsitzender GdP Bayern)

Unter diesem Motto stand eine Fachtagung der GdP, welche Anfang Mai auf dem MS „Brombachsee“ auf dem großen Brombachsee in Mittelfranken stattfand. Da es sicherlich genügend Gründe für diese Fragestellung gibt, trafen sich auf Initiative des Vorsitzenden der GdP Unterfranken, Holger Zimmermann, und auf Einladung des Landesvorsitzenden der GdP, Helmut Bahr, Kolleginnen und Kollegen der bayer. WSP, der Leiter der WSP-Zentralstelle, Herr Peter Werner, Polizeipräsidenten, Vizepräsidenten und Vertreter der einzelnen Polizeipräsiden und der Inspekteur der bayer. Polizei,

Herr Thomas Hampel auf der MS „Brombachsee“, das für diesen Zweck eine ideale und passende Tagungsstätte darstellte. Als auserbayerischer Gast war der Leiter der hessischen WSP, Herr Werner Velten, zugegen. Besonderer Gast war Herr Staatssekretär Gerhard Eck, der am Nachmittag an Bord kam. Moderiert und fachlich betreut wurde die Tagung von Thomas Daniel, Leiter der WSP Aschaffenburg und Mitglied im Bundesfachausschuss WSP der GdP.

Aufgrund der nur schlechten Wahrnehmung der bayerischen Wasserschutzpolizei war es also höchste Zeit, sich als Gewerkschaft, welche alle Kollegen gleichermaßen vertritt, den Belangen dieser speziellen Polizei anzunehmen und deren Aufgaben, Probleme und Zukunftsaussichten näher zu beleuchten und die Fragen zu stellen, ob der richtige Kurs eingeschlagen ist, ob der Kurs nur etwas korrigiert werden sollte, oder ob das Ruder herumgerissen werden müsste. Problem-

felder wurden dabei in den Diskussionen genügend ausgemacht: Die **Dienststärke der WSP in Bayern** ist solch eine Problematik. Die insgesamt neun WSP-Gruppen an den Bundeswasserstraßen verfügen gerade einmal über 72 Beamte. Dies sind durchschnittlich acht je wasserschutzpolizeilicher Organisationseinheit. Tatsächlich gibt es einzelne WSP-Gruppen, deren tatsächliche Ist-Stärke lediglich fünf Beamte beträgt. Mit einer Länge von über 700 km Bundeswasserstraßen ist Bayern nicht nur eines der wasser-, sondern auch der schifffahrtsreichsten Bundesländer in Deutschland.

Eine weitere wichtige und zentrale Frage, die es zu stellen gilt, wenn man nach dem richtigen Kurs fragt, ist die nach der **Organisation der Wasserschutzpolizei in Bayern**. Bis zur letzten Polizeireform in Bayern waren die jetzigen WSP-Gruppen als WSP-Stationen den damaligen Polizeidirektionen direkt nachgeordnet. Diese übten die Dienstaufsicht über ihre WSP-Stationen aus. Die Fachaufsicht lag bei der damaligen Wasserschutzpolizeidirektion Bayern mit Sitz in Nürnberg. Bereits damals war also die Dienst- und die Fachaufsicht getrennt. Mit dieser Reform wurde den WSP-Stationen ihre Selbstständigkeit genommen, da sie als Gruppen in VPIs oder PIs eingegliedert wurden. Die vormalige WSP-Direktion

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

Bayern wurde als Wasserschutzpolizeizentralstelle Bayern in das Sachgebiet E2 beim PP Mittelfranken integriert. Diese Zentralstelle übt nach wie vor die Fachaufsicht über die Wasserschutzpolizeigruppen in Bayern aus. Im Ergebnis wurde die Trennung von Dienst- und Fachaufsicht beibehalten und gleichzeitig die Stellung der Organisationseinheiten der WSP geschwächt.

In Bayern bringt die Trennung der Dienst- und Fachaufsicht sowie die Herabstufung der WSP-Stationen zu nicht selbstständigen WSP-Gruppen auch noch ein ganz anderes gewichtiges Problem mit sich, nämlich die **fachfremde Verwendung** der Beamten und Beamtinnen der WSP in Bayern.

Die Mitarbeiter der WSP-Gruppen werden vielfach planmäßig, regelmäßig und in zum Teil erheblichen Ausmaß für Aufgaben außerhalb des eigentlichen Aufgabenbereiches eingesetzt, sei es als Bedo-Trupp, für Vorführdienste, im regulären Schichtdienst einer PI oder für irgendwelche Sonderdienste aller Art. Im Ergebnis führt diese fachfremde Verwendung dazu, dass die wasserschutzpolizeiliche Präsenz auf den bayerischen Wasserstraßen kontinuierlich abnimmt.

Ein weiterer kritikwürdiger Punkt, welche die bayerische Polizeireform und die damit verbundene Integration der WSP-Stationen in die PIs/VPIs mit sich brachte, ist die Frage der **Unterbringung** der einzelnen WSP-Gruppen. Es sollte außer Frage stehen, dass die Polizei im Allgemeinen für ihre Bürger gut erreichbar sein muss, dass die Dienststellengebäude in oder in der Nähe der Bereiche der örtlichen Zuständigkeit sein müssen und dass sich die Einsatzmittel an der Dienststelle befinden, um diese auch schnell einsetzen zu können. Dies ist im Allgemeinen auch bei der bayerischen Polizei selbstverständlich. Nicht selbstverständlich ist dies jedoch bei unserer WSP. Mit der Reform wurden die bis dahin bestehenden **Unterkünfte** von WSP-Gruppen z. B. in Würzburg, Schweinfurt, Nürnberg und Lindau, aufgegeben und diese nicht nur organisatorisch, sondern auch räumlich in die jeweiligen Dienststellen integriert

Neben all diesen Kritikpunkten richtete Helmut Bahr in seinen Ausführungen aber auch ein löbliches Wort an die politisch und polizeilich Verantwortlichen. In den letzten Jahren ist es gelungen, die Flotte der WSP-Dienstboote in



„Ehrenkapitänsmütze“ für Staatssekretär Gerhard Eck, überreicht durch Helmut Bahr und Thomas Daniel.

Bayern kontinuierlich zu modernisieren. Die GdP erkennt diese Mühen mit Respekt an, wurden und werden doch den Kolleginnen und Kollegen zeitgemäße und an den Aufgaben orientierte Einsatzboote zur Verfügung gestellt, welche nicht zuletzt auch den Belangen des Arbeitsschutzes Rechnung tragen. Für die Erneuerung der bayer. WSP-Flotte hat sich Herr Staatssekretär Gerhard Eck maßgeblich und immer wieder nachdrücklich eingesetzt. Als Dank hierfür wurde Herrn Eck von Helmut Bahr und Thomas Daniel die „Ehrenkapitänsmütze“ der GdP überreicht.

GdP-Rechtsschutzabteilung – wieder einmal erfolgreich

Am Mittwoch, dem 4. 6. 2014, konnte der BG-Vorsitzende aus München, Michael Bogatzki, der bei einem Einsatz verletzten Kollegin Laura Adamietz von der PI 47 einen Scheck in Höhe von 500 Euro überreichen. Sie erlitt bei der Widerstandshandlung

Verbindung mit dem Gewaltschutzgesetz einen Platzverweis, den letztendlich die Streifenbesatzung mit unmittelbarem Zwang durchsetzen musste. Die Kollegin wurde dabei massiv beleidigt und verletzt, was zu einer Dienstunfähigkeit von einer Woche führte.

Noch bevor sich der Störer wegen seiner Straftaten vor dem Strafrichter verantworten musste, regelte die Rechtsabteilung im Landesbezirk bereits die zivilrechtlichen Forderungen



eine nicht schwerwiegende Oberschenkelverletzung und kann sich nun über einen schönen Schmerzensgeldbetrag freuen. Sie wird ihn sicherlich für ihren bevorstehenden Treckingurlaub gut gebrauchen können.

Wieder einmal muss man feststellen: Die Mitgliedschaft in der GdP kann sich auszahlen!

Als im November 2013 unser Mitglied Anja Rottner von der PI Hilpoltstein zu einem Einsatz mit dem Auftrag: Ruhe bei einem „amtsbekanntem Ruhestörer“ wieder herzustellen, fahren musste, wusste sie, dass sie wieder einmal unmittelbarem Zwang anwenden werden müsste. Der „Störer“ erhielt aufgrund seines Verhaltens in

unserer Kollegin. Sie war angenehm überrascht, als sie im Mai von ihrem zuständigen Kreisvorsitzenden Jürgen Stenzel von der Kripo Schwabach im Beisein des mittelfränkischen Bezirksvorsitzenden Herbert Kern einen Scheck über 700 Euro als Schmerzensgeld erhielt.

Der Vorgang zeigt nach Angaben des KG-Vors. Jürgen Stenzel wieder einmal, wie wirkungsvoll und schnell unsere Rechtsschutzabteilung solche Vorgänge im Sinne der betroffenen Kolleginnen und Kollegen regelt.



7. LANDESSENIORENKONFERENZ IN ZIRNDORF

Günter Klinger als Seniorenvorsitzender bestätigt

Am 20. Mai fand in der Paul-Metz-Halle in Zirndorf die 7. Landesseniorenkonferenz der Gewerkschaft der Polizei Bayern statt, die dieses Mal unter dem Motto „In der Gegenwart



„Ich möchte aber gleichzeitig vor einem Rückzug der GdP-Senioren aus der Gesellschaft warnen. Es ist wichtig, dass wir als Gewerkschafter und Senioren erkennbar sind und nicht im Untergrund bleiben.“ Günter Klinger rechnete in seiner Rede auch mit einigen gesellschaftlichen Tendenzen ab, sei es die allgemeine Kritik an der Arbeit der Polizei im Alltagsgeschäft, bei Demo- und Fußballereinsätzen oder speziell die Kritik von der Politik in der NSU-Affäre. Von „seinen“ Senioren forderte er Mitarbeit und Einmischung und vom Landesvorstand mehr Gehör und Akzeptanz für eben diese Mitarbeit.

Neben den drei ehemaligen bayrischen Seniorenvorsitzenden Robert Wolf, Franz Dempf und Walter Röhling nahmen als Ehrengäste die MdL Petra Guttenberger (CSU), Horst Ar-

– für unsere Zukunft!“ stand. Die knapp 50 Delegierten aus ganz Bayern wählten dabei einen neuen Landesseniorenvorstand und diskutierten mit zahlreichen Ehrengästen aktuelle gewerkschaftspolitische und die Senioren betreffenden Probleme. Der bisherige Landesseniorenvorsitzende Günter Klinger wurde bei seinem Heimspiel in der Nähe von Fürth einstimmig im Amt bestätigt.

In seiner wie immer unterhaltsamen und kritischen Rede ging er auf die Herausforderungen ein, die der Eintritt in das Rentenalter mit sich bringt und forderte weiterhin ein aktives Engagement für die Gewerk-



Die ehemaligen Landesseniorenvorsitzenden Franz Dempf (links) und Robert Wolf.

schaft ein. In gewohnt sarkastischer Weise beschrieb er den Alltag eines „frischen“ Senioren und machte deutlich, dass Mitsprechen sich weiterhin eher lohne als sich zurückzuziehen. Wortwörtlich sagte er dabei:



renvorstand persönlich und wünschte ihm bei seiner Arbeit in der kommenden Amtsperiode ein glückliches Händchen.

Zu Stellvertretern von Günter Klinger wurden Friedrich Leicht von der BG Bereitschaftspolizei und Albert Schulz aus Unterfranken, ebenfalls ohne Gegenstimme, bestimmt. Ingrid Gruber aus München übernimmt als weitere stellv. Vorsitzende wie bisher die Aufgabenbereiche Tarif und Frauen. Im Amt des Schriftführers wurde Peter Huber von der BG Schwaben Nord bestätigt. Hans Kormann aus Oberfranken wird zukünftig die Aufgabe des stellv. Schriftführers übernehmen. Friedrich Werner von der BG München ist wiederum für eine zweite Amtsperiode ins Amt des Finanzvorstands gewählt worden.



Die neu gewählte Vorstandschaft (v. l.): Hans Kormann, Albert Schulz, Fritz Leicht, Peter Huber, Ingrid Gruber, Friedrich Werner und Günter Klinger

nold (SPD), Eva Gottstein (FW) sowie der Polizeipräsident von Mittelfranken, Johann Rast, der Zirndorfer Bürgermeister Thomas Zwingel und der GdP-Bundesseniorenvorsitzende Winfried Wahlig an der Konferenz teil. In ihren Grußworten an die Delegierten hoben sie allesamt das ehrenamtliche Engagement der Teilnehmer hervor und dankten ihnen ausdrücklich, da dies keinesfalls selbstverständlich sei. Der ebenfalls anwesende GdP-Landesvorsitzende Helmut Bahr ging in seiner kurzen Ansprache auch auf die von der Politik häufig geäußerte Allgemeinkritik an der Polizei ein und forderte von den politisch Verantwortlichen Solidarität ein, die auch über den ein oder anderen Zwischenfall hinaus andauere. LV Bahr gratulierte dem neu gewählten Senio-

Die Delegierten besprachen bei der Diskussion der Anträge u. a. die Weichen der Seniorenpolitik für die nächsten fünf Jahre. In den Anträgen wurden vom Landesbezirk mehr Geld für Ehrungen langjähriger Mitglieder, eine bessere Repräsentation der Senioren bei landes- und bundesweiten Konferenzen sowie eine intensivere Fortbildungsarbeit gefordert. Die Schwerpunkte in der seniorenpolitischen Vertretungsarbeit sollen in den kommenden fünf Jahren insbesondere bei folgenden Gesetzesvorhaben gesetzt werden:

- Einschnitte bei der Versorgung, Beihilfe, Rente und Zusatzrente,
- Abkoppelung der Versorgungsempfänger bei Einkommenserhöhungen,
- Verschlechterungen in der Gesundheits- und Pflegepolitik.

Die Redaktion der GdP Bayern wünscht Günter Klinger und seinem Team eine erfolgreiche Arbeit sowie eine fruchtbare Zusammenarbeit.



PP Sommer und LV Bahr beim Vorbereitungsstab G8 in Eichstätt

Am 6. Mai 2014 besuchten der Präsident der Bayer. Bereitschaftspolizei, Herr Wolfgang Sommer, und der Vorsitzende des Landesbezirkes der GdP, Helmut Bahr, den Vorbereitungsstab des G8-Gipfels bei der II. Bereitschaftspolizeiabteilung in Eichstätt. Dabei wollten sich die hochrangigen Gäste über die Arbeit dieser noch jungen Organisationseinheit informieren. Der Leiter des Stabes, Herr Ltd. PD Hubert Müller, nutzte diese Gelegenheit, um seinen Gästen Einblicke in die Arbeit und Aufgaben seines Vorbereitungsstabes zu gewähren. Gleichzeitig stellte er die Mitarbeiter seiner „temporären“ Dienststelle vor.

Der Vorbereitungsstab bei der II. BPA ist unter anderem für die Versorgung, Unterbringung und Verpflegung der Einsatzkräfte anlässlich des geplanten Großereignisses 2015 zuständig. Eine immense und sehr kom-

plexe Aufgabe für Ltd. PD Müller und seinen Mitarbeiterstab, gilt es doch, viele Unwägbarkeiten bereits im Vorfeld zu erkennen und zu lösen. Polizeipräsident Sommer und der Landesvorsitzende Helmut Bahr sicherten ihre bestmögliche Unterstützung bei der Bewältigung der umfangreichen Aufgaben zu.



V. l.: PP W. Sommer, LV Helmut Bahr, LtdPD H. Müller, KG-Vorsitzender Werner Höcht, PD M. Messer (stellv. Leiter)

Tauschgesuch

Baden-Württemberg -> Bayern

PHK (A 11) sucht Tauschpartner aus Bayern. Ringtausch möglich.

Tel.: 01 72/3 40 70 28

NACHRUF

Wir trauern um unsere Mitglieder

Schönberger, Harald, 52 Jahre, KG Weiden

Schlender, Josef, 79 Jahre, KG Neu-Ulm

Vogler Ludwig, 53 Jahre, KG Bamberg

Schöfbeck Josef, 92 Jahre, KG Augsburg

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.



verheirateten Beamten Dienstbefreiung gewährt werden kann.

Leider hat sich auch an der Argumentation der Mehrheitsfraktion seit der letzten Legislaturperiode wenig geändert. Bei der CSU will man nicht erkennen, dass neue Formen des Zusammenlebens auch bei Polizeibeschäftigten nicht halt machen. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes betrug der Anteil der außerehelichen Geburten an allen lebend geborenen Kindern im Jahr 2010 bundesweit 33 Prozent (in Bayern 25,7

Im Ausschuss auf der Tagesordnung

Keine Chance hatte ein Antrag der Grünen im Bayerischen Landtag, der beinhaltete, dass künftig auch unverheiratete Beamte Dienstbefreiung für die Geburt eines Kindes bekommen sollten. Bereits in der letzten Legisla-

turperiode hatten die Grünen einen entsprechenden Antrag gestellt, der bereits damals keine Mehrheit gefunden hatte. Die UrlaubsVO regeln, in § 16, Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 c, dass nur

Prozent). Von den Erstgeborenen hatten 2010 im Bundesdurchschnitt sogar 43 Prozent nicht verheiratete Eltern. In der Regierungserklärung der CSU wird noch darauf hingewiesen, dass die ganze Vielfalt der Familienmodelle gefördert werden soll. Die Realität sieht halt anders aus. Gebetsmühlenartig wird der besondere Schutz von Frauen und der Familie wiederholt.

Neubeurteilung des Streikrechts

Ein weiterer Antrag der Grünen wurde mit kleineren Änderungen einstimmig verabschiedet. Hierin wird die Staatsregierung aufgefordert, über die Konsequenzen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zum Streikrecht zu berichten. So ist unter anderem die Frage zu beantworten, ob das Streikverbot für Beamte ohne hoheitliche Aufgaben aufrechterhalten werden kann. Wie ist es zu bewerten, dass die Beamtenbesoldung nicht mehr von der Tarifentwicklung abgekoppelt werden darf? Insbesondere im Hinblick auf die Nullrunde 2011 ist die Antwort für uns sicherlich interessant. Sowohl der Europäische Gerichtshof wie auch das Bundesverwaltungsgericht haben hier einen deutlichen Fingerzeig gegeben. Sobald die Antwort der Staatsregierung vorliegt, werden wir darüber berichten.

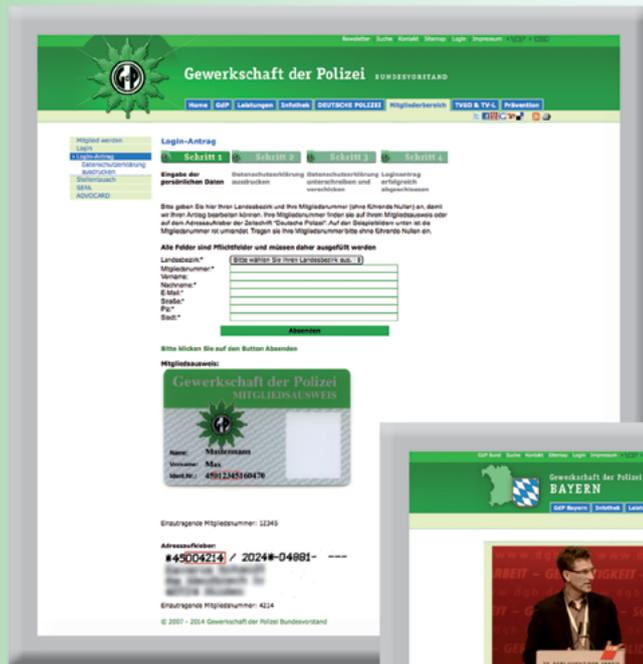
Harald Schneider

WIR WOLLEN, DASS GdP-MITGLIEDER EXKLUSIV ZUGANG HABEN



Eine ganze Reihe von GdP-Mitgliedsleistungen wie z. B. die Literaturdatenbank sind im Internet nur über eine Anmeldung im geschlossenen Mitgliederbereich mit einem persönlichen Login erreichbar. Der persönliche Login kann im Mitgliederbereich auf der GdP-Seite in wenigen Schritten beantragt werden. Die Beantragung eines GdP-Mitgliedsausweises erfolgt über die E-Mail-Adresse:

landesbezirk@gdpbayern.de



HOLT EUCH EUER LOGIN!



AUS DEN BEZIRKEN

Rege Diskussion bei JHV der KG Mitte zum Thema Objektschutz

Wieder einmal sehr gut besucht war auch in diesem Jahr die JHV der Kreisgruppe Mitte. Nach Abhandlung der Formalitäten stand unter TOP 6 das sensible Thema Objektschutz auf der Agenda. Das Thema war mit der provokanten These „Der Objektschutz – Fluch oder Segen“ in der Tagesordnung angekündigt. Vorsitzender Rainer Pechtold erläuterte kurz den Anwesenden die Situation. 153 Staaten haben bis Januar 1996 das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen von 1963 unterzeichnet. 99 diplomatische Vertretungen haben sich in München angesiedelt, darunter sind unter anderem die Vertretungen der Vereinigten Staaten, Israel, China und der Türkei. Nach seiner Einführung gab der Vorsitzende das Wort an Robert Kraus weiter. Robert Kraus schilderte die Situation aus Sicht eines VG-Leiters. Mit 80 000 Arbeitsstunden, die jährlich zum Schutz der Konsulate u. a. anfallen, bindet der Objektschutz viele Einsatzkräfte und erschwert dadurch die Dienstplanung. Gerade die Kollegen der VG müssen hier schnell auf aktuelle Lageveränderungen flexibel reagieren können. Hierbei sind im Speziellen auch die unzähligen Hotelwachen ein wichtiger Faktor.

Im Laufe seines Vortrages wurden verschiedene Modelle mit den Mitglie-

dem erörtert. So kam das Modell Berlin und PI 42 zur Sprache. Im Ergebnis aber blieb festzuhalten: Die wachsenden Ansprüche an den Objektschutz kann man nur mit einer besseren personellen und materiellen Ausstattung der betroffenen Großstadtreviere erfüllen. Dieses heikle Thema wird uns auch in Zukunft weiter begleiten, so brachte es Mitglied und Ruheständler

Sepp Leitner zum Ende auf den Punkt. Nach Durchführung der Ehrungen kam zum Schluss Frau Barbara Rager, Signal Iduna, zu Wort. Aufgrund der zunehmenden Einbruchsdelikte erklärte sie wichtige Details zur Hausratversicherung. Nach dem Vortrag ging man zum gemütlichen Teil über und es wurde noch über das eine oder andere Dienstliche angeregt diskutiert.



V. l.: Iva (Wirtin), Wolfgang Brieger, Diemo Lange, Rainer Pechtold, Max Islinger, Karl Neubauer, Oliver Buchberger und Klaus Schaller

GdP-Malhefte im Einsatz



An den örtlichen Schulen in Neunburg vorm Wald finden zurzeit wieder die alljährlichen Fahrradprüfungen statt. Zur Unterstützung der Fahranfänger wurden die neuen GdP-Malhefte ausgeteilt, die den Unterricht durch unseren Verkehrserzieher anschaulich ergänzen. Zum Abschluss gab es dann für jeden noch etwas Süßes.